

## KOMMENTAR

## Ungewöhnliche Allianz



Von Stefan Sauer

Die Initiative zur Stärkung des Industriestandorts Deutschland ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Dass die größte Industriegewerkschaft des Landes mit dem größten Industrieverband des Kontinents und dem Bundeswirtschaftsministerium gemeinsam Antworten auf die Digitalisierung der Produktion und eine sich rasch verändernde Arbeitswelt zu finden sucht, ist europaweit einmalig. Die ungewöhnliche Allianz fußt auf der Einsicht, dass kommenden Herausforderungen nur im gegenseitigen Einverständnis und unter Wahrung der Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gleichermaßen bewältigt werden können.

## Preise und Qualität sicherstellen

Schien die Globalisierung noch vor einem Jahrzehnt das Ende der nationalstaatlichen Ökonomie im Allgemeinen und der „Deutschland AG“ bundesrepublikanischen Zuschnitts im Besonderen zu markieren, so lässt die internationale Konkurrenz nun Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften enger zusammenrücken – ein Teil des wirtschaftlichen Erfolg in Deutschland.

Ein zweiter Teil betrifft den Wirtschaftszweig selbst, der bewiesen hat, dass auch in einem Hochlohnland Industrieerzeugnisse konkurrenzfähig sein können, wenn die Qualität stimmt. Wenn Produkte aus deutschen Fabriken also nur so viel teurer sind, wie sie besser sind als andere. Dies auch in Zukunft sicherzustellen, wird überwältigende Aufgabe des Bündnisses sein. Seite 14

## Hoffnung für Anleger

## Bank muss Lehman-Opfer Entschädigung zahlen

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat Anlegern in Garantiezertifikate der US-Pleitebank Lehman Brothers erstmals Schadenersatz zugesprochen. Das Karlsruher Gericht entschied am Dienstag, dass die Bethmann Bank zwei Investoren wegen Falschberatung beim Kauf der Zertifikate mehrere zehntausend Euro Schadenersatz zahlen muss.

Die Entscheidung hat nach Angaben von Anwalt Richard Lindner Signalwirkung für zahlreiche ähnliche Fälle. Nach der Lehman-Insolvenz 2008 waren die Zertifikate wertlos geworden. Die Bethmann Bank habe ihre Beratungspflichten verletzt, da sie die Kunden nicht ausreichend über die Risiken aufgeklärt habe, betonte der BGH. trf  
Az.: XI ZR 480/13 und XI ZR 169/13

## Solidarisch wirtschaften

Wie eine gerechtere Ökonomie aussehen könnte.

Von Norbert Bernholt und Bernd Winkelmann

Die Musik wird immer lauter und schneller. Die Menschen tanzen immer wilder, Ekstase pur. So in etwa wird der Tanz der Israeliten um das goldene Kalb abgelaufen sein. Wir wissen, wie derartige Tänze aussehen, was uns aber nicht davon abhält, unseren eigenen Tanz zu zelebrieren – immer schneller, immer mehr, immer lauter. Nichts vermag diesen Tanz zu stoppen. Wir leben heute – egal was morgen ist. Der Planet Erde wird ausgeräubert, die systematische Zerstörung unserer Lebensgrundlage wird hingegenommen, ohne zu fragen, wie kommende Generationen auf der Erde leben sollen. Während wir feiern, gehen nach Angaben der Welthungerhilfe mehr als 800 Millionen Menschen hungrig schlafen. Hier Tanz, dort Elend und Tod, das ist keine Verkettung unglücklicher Umstände, sondern eine systematische Verkettung menschlicher Verantwortungslosigkeit. Zu Recht klagt Papst Franziskus an: „Diese Wirtschaft tötet.“ Wie funktioniert dieses System, das zwar nur geringe Sympathiewerte aufweisen kann aber trotzdem nach weit verbreiteter Meinung als alternativlos gilt?

## In dem Streben nach Gewinnmaximierung gibt es nur wenige Gewinner

Unsere Wirtschaftsweise wird durch zwei Grundprinzipien geprägt. Mit dem ersten Prinzip, dem Rendite- und Kapitalisierungsprinzip, werden alle wirtschaftlichen Aktivitäten unter den Vorbehalt der Gewinnmaximierung gestellt. Eine Investition, überhaupt jede wirtschaftliche Tätigkeit, kann demzufolge nur sinnvoll sein, wenn damit ein Gewinn erzielt werden kann. Es gibt mittlerweile kaum noch einen gesellschaftlichen Bereich, der sich nicht diesem Renditedenken unterwerfen muss. Wann haben wir das letzte Mal in den Nachrichten gehört, dass eine Investition getätigt wurde, um damit dem Allgemeinwohl zu dienen? Der Gedanke scheint geradezu absurd, stattdessen werden wir jeden Abend in den Nachrichten ausführlich über die Entwicklung der Dax-Kurse informiert. Dem zweiten Grundprinzip, dem Eigennutz und Privatisierungsprinzip, zu Folge werden die in den Unternehmen erwirtschafteten Gewinne den Kapitalgebern zugeschrieben. Dies sind in aller Regel Privatpersonen, die – individuell nachvollziehbar – in erster Linie darum bemüht sind, die Gewinne für sich anzuhäufen. Damit werden die Interessen von Einzelpersonen systemisch dem Allgemeinwohl übergeordnet.

In dem Streben nach Gewinnmaximierung wirkt ein auf individualistische Konkurrenz basierender Marktmechanismus wie ein Katalysator. Der am Markt ausgetragene Wettbewerb erzeugt zwangsläufig nur wenige Gewinner, die immer mächtiger werden und dadurch in steter Wechselwirkung noch mehr Wettbewerbsvorteile erzielen können.

## In einer neuen, solidarischen Wirtschaft haben alle die Pflicht, sich für das Gemeinwohl einzusetzen. IMAGO

Es entsteht auf nationaler wie auf globaler Ebene die uns allen bekannte Spaltung der Menschheit in Gewinner und Verlierer. Weitgehend in Vergessenheit geraten Schritte und vielen in der westlichen Welt einen bis dahin nie für möglich gehaltenen materiellen Wohlstand. In der zweiten Variante liegen die Verantwortung und die Entscheidungsgewalt beim Volk, dem Souverän. Die Demokratisierung der Gesellschaft (gleichbedeutend mit dem Ende der marktkonformen Demokratie) sowie die Orientierung der Wirtschaft am Gemeinwohl können bewirken, dass die Stellschrauben der Wirtschaft nicht mehr auf Schnelligkeit und Maximierung eingestellt werden, sondern qualitative Kriterien, wie Nachhaltigkeit, Menschenwürde, Langsamkeit und Diversität im Vordergrund stehen.

Quantitatives Wirtschaftswachstum kann in einer begrenzten Welt kein Ziel der Wirtschaft sein. Die hier skizzierten Ziele einer neuen Wirtschaftsweise müssen nicht nur attraktiv, sondern auch plausibel umsetzbar sein. Ein Anspruch, dem man zunächst nur in Gedankenexperimenten gerecht werden kann. In der Praxis können die Entwürfe und Abläufe durch kontinuierliche Veränderungen verbessert werden. Eine neue Wirtschaftsweise nimmt die Erkenntnisse der neueren wissenschaftlichen Forschungen zum Menschenbild ernst. Demnach sind Menschen in erster Linie auf Beziehungen angelegte Wesen. Nicht Konkurrenz, sondern gute Beziehungen, Kooperation und gegenseitige Wertschätzung bestimmen das Wohlergehen der Menschen und sind darüber hinaus die Garanten für dauerhaften wirtschaftlichen Erfolg. Dadurch ist der Egoismus nicht aus der Welt geschaffen, er wird aber nicht mehr als naturgemäßen Leitbild einer ganzen Gesellschaft hochstilisiert. Eine neue Wirtschaftsweise orientiert sich an von der Gesellschaft formulierten Normen und Werten. Der Souverän bestimmt, wie er das Gemeinwohl gestalten will. Die neue Ökonomie will Demokratie wagen. Unter den aktuellen Bedingungen schlagen wir vor, dass die Wirtschaft sich an einem Viereck aus sozialen, ökologischen, humanen und ökonomischen Zielen zu orientieren hat.

## WAS IST GERECHT? Das ist unser Thema.

ALTSchon vor 13000 Jahren gab es soziale Ungleichheit. Forscher errechneten anhand von Grabbeigaben eine Art Reichenquote – sie betrug acht Prozent.

Die neue FR-Serie ab 6. September

Die neue FR-Serie ab 6. September



Quantitatives Wirtschaftswachstum kann in einer begrenzten Welt kein Ziel der Wirtschaft sein. Die hier skizzierten Ziele einer neuen Wirtschaftsweise müssen nicht nur attraktiv, sondern auch plausibel umsetzbar sein. Ein Anspruch, dem man zunächst nur in Gedankenexperimenten gerecht werden kann. In der Praxis können die Entwürfe und Abläufe durch kontinuierliche Veränderungen verbessert werden. Eine neue Wirtschaftsweise nimmt die Erkenntnisse der neueren wissenschaftlichen Forschungen zum Menschenbild ernst. Demnach sind Menschen in erster Linie auf Beziehungen angelegte Wesen. Nicht Konkurrenz, sondern gute Beziehungen, Kooperation und gegenseitige Wertschätzung bestimmen das Wohlergehen der Menschen und sind darüber hinaus die Garanten für dauerhaften wirtschaftlichen Erfolg. Dadurch ist der Egoismus nicht aus der Welt geschaffen, er wird aber nicht mehr als naturgemäßen Leitbild einer ganzen Gesellschaft hochstilisiert. Eine neue Wirtschaftsweise orientiert sich an von der Gesellschaft formulierten Normen und Werten. Der Souverän bestimmt, wie er das Gemeinwohl gestalten will. Die neue Ökonomie will Demokratie wagen. Unter den aktuellen Bedingungen schlagen wir vor, dass die Wirtschaft sich an einem Viereck aus sozialen, ökologischen, humanen und ökonomischen Zielen zu orientieren hat.

Eine neue Wirtschaftsweise geht von einer Eigentumsordnung aus, in der Eigentum nicht mehr zum leistungslosen Abschöpfen fremder Leistung genutzt werden kann, in der zum Beispiel Grund und Boden sowie die öffentlichen Güter in Gemeineigentum übergehen. Sie schafft den rechtlichen Raum für unterschiedliche Eigentumsformen, vom reinen Privateigentum über die Allmende bis zum Gemeineigentum. Eine neue Wirtschaftsweise garantiert eine Finanzordnung, in der das Geld auf seine eigentliche Funktion als Wertmaßstab, als Transaktionsmittel und als Wertspeicher zurückgeführt wird.

Wenn wir uns per Zeitmaschine nur für ein paar Augenblicke in die neue Ökonomie hineinbeamen, sehen wir möglicherweise folgende Bilder: Die Menschen haben mehr Zeit für die Gestaltung eines auf Beziehungen angelegten Lebensstils. Sie verwenden weniger Zeit darauf, Güter zu kaufen, denn diese haben eine wesentlich längere Lebenszeit und es gibt umfangreiche Möglichkeiten für die gemeinschaftliche Nutzung der Güter. Viele Güter können in den unterschiedlichen Formen der Subsistenzwirtschaft erzeugt und bereitgestellt werden. All das bewirkt eine Regularbeitszeit weit unter 40 Stunden-Woche. Die Menschen erhalten dadurch die notwendigen Freiräume, um sich in den verschiedenen Gremien einer partizipativ-demokratischen organisierten Gesellschaft zu engagieren. Es gibt weiterhin unterschiedlich hohe Einkommen, diese sind aber nach oben gedeckelt. Erwerbsarbeit und Arbeit in der Subsistenz werden nicht hierarchisch gestuft. Alle Menschen erhalten ein Grundeinkommen, denn jeder und jede hat die Möglichkeit und die Pflicht, sich in dieser neuen Ökonomie für das Gemeinwohl einzusetzen. Viele verschiedene Lebensentwürfe stehen nebeneinander, ohne dass sie durch Markt und Konkurrenz hierarchisch (aus-)sortiert werden. Bereits heute begeben sich Menschen und Gruppierungen auf den Weg, um Alternativen, wie die hier skizzierte, zu erproben. Sie schaffen Inseln, aus denen breite Landstriche werden können, wenn wir es denn wollen.

## Europäer bedrohen die Weltwirtschaft

OECD: Euro-Zone ist zur Belastung geworden

Von Markus Sievers

Für Deutschland hat die OECD die Wachstumsprognose halbiert. Schwarz sieht die Organisation der wohlhabenden Länder rund um den Erdball aber vor allem für die Währungsunion. „Die Euro-Zone ist in gewisser Weise ein Schwachpunkt für die Weltwirtschaft“, erklärte OECD-Experte Christian Kastrop. Zuvor hatte bereits der Internationale Währungsfonds die ungelösten Probleme im reichen Europa als größte Gefahr für die globale Ökonomie identifiziert.

Nach Jahren der Eurokrise und wenig Anzeichen für eine grundlegende Besserung ist das keine Überraschung mehr. Und doch zeigen diese Warnungen, dass die Instabilität der Währungsunion nicht allein eine Angelegenheit der Europäer ist, sondern längst eine globale Dimension erreicht hat. Früher lösten Finanzkrisen in Mexiko oder in Asien Ängste in anderen Kontinenten aus und schürten Unruhe an den internationalen Finanzmärkten.

Derzeit glänzen Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien zwar nicht gerade. Und doch gilt der Wohlstandskontinent Europa als die größte Last für die Weltwirtschaft. Wenn eine so bedeutende Region mit einem so hohen Bruttoinlandsprodukt über Jahre oder gar Jahrzehnte als Wachstumsmotor ausfällt, bedroht dies den Lebensstandard auch in Shanghai, Durban oder Rio. Darauf machen die internationalen Organisationen wie IWF und OECD aufmerksam und fordern die Verantwortlichen zum Gegensteuern auf.

Für die Währungsunion heißt dies: Die Krisenstaaten müssen laut OECD den Umbau ihrer Volkswirtschaften durch Strukturereformen weiter vorantreiben, also etwa die Arbeitsmärkte flexibilisieren oder mehr Wettbewerb im Dienstleistungsgeschäft zulassen. Für Frankreich könnte dies heißen, die 35-Stunden-Woche zu lockern und die Gehälter im öffentlichen Dienst einzufrieren. Aber die Pariser OECD-Experten kommen auch mit Ideen, die in Deutschland auf weniger Wohlwollen stoßen dürften. Gegen Widerstand von Bundesbank und Bundesregierung unterstüt-

zen sie Mario Draghi, den Präsidenten der Europäischen Zentralbank, beim Versuch, mit unkonventionellen Schritten die Konjunktur auf Trab zu bringen. Draghi hat gerade die Öffentlichkeit auf den besonders umstrittenen Ankauf von Staatsanleihen vorbereitet. Mit allen Mitteln will er erreichen, dass die extrem niedrige Teuerung anzieht. Die Kritiker fürchten, dass die Geldpolitik so Staatsdefizite erleichtert, indem sie Italien, Frankreich und anderen Ländern die Zinskosten drückt. Und auch beim Thema Investitionen steht die OECD auf der Seite derjenigen, die mehr von Deutschland verlangen. In ihrem Bericht drängt die Organisation Berlin, die Ausgaben für Infrastruktur, Kinderbetreuung und Bildung zu steigern. „Dies würde das Wachstum auf kurze Sicht ankurbeln“. Ein Stück weit ist Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) seinen Kritikern im In- und Ausland entgegengekommen. Er kündigte kürzlich

## STARK UND SCHWACH

Die US-Wirtschaft wächst schneller als zunächst angenommen. Im dritten Quartal habe das Bruttoinlandsprodukt (BIP) aufs Jahr hochgerechnet um 3,9 Prozent zugelegt, teilte das Handelsministerium in Washington am Dienstag in seiner zweiten Schätzung mit. Bisher hatte es lediglich mit einem Plus von 3,5 Prozent gerechnet. Es ist ein deutlich besserer Wert als Analysten erwartet hatten. Zusammen mit dem Vorquartal, als das Plus 4,6 Prozent betragen hatte, erlebte die weltgrößte Volkswirtschaft damit ihr stärkstes Halbjahr seit 2003. Im ersten Quartal hatte es noch ein Minus gegeben.



Wolfgang Schäuble, deutscher Finanzminister, warnt davor die wirtschaftliche Lage schlecht zu reden. DPA

## DIE AUTOREN

Norbert Bernholt ist Geschäftsführer der Akademie Solidarische Ökonomie, Bernd Winkelmann gehört dem Leitungsteam an. Die Akademie hat sich zur Aufgabe gemacht, Modelle und Bausteine für eine lebensdienliche Wirtschaftsweise zusammenzutragen. Die bis jetzt erarbeiteten Entwürfe sind in den Büchern „Kapitalismus und dann“, „Das Dienende Geld“ und „Zwickmühle Kapitalismus“ nachzulesen. Weitere Aufsätze und Informationen gibt es auf www.akademie-solidarische-oekonomie.de

Grundlage für die Besteuerung und Subventionierung des Unternehmens. Auch staatliche Aufträge werden an diesen Index gebunden. Es wird gesetzlich geregelt, dass die erwirtschafteten Überschüsse nicht automatisch den Kapitalgebern zufließen, sondern als „neutrales Kapital“ in das Unternehmen zurückfließen können. Auf lange Sicht sinkt dadurch die Macht der Kapitalgeber und irgendwann gehört das Unternehmen sich selber. All diese Maßnahmen führen dazu, dass es weder zu einer Akkumulation des Kapitals noch zu einer einseitigen Machtanhäufung kommen kann.

## Konkurrenz und Markt werden zugunsten des Gemeinwohls zurückgedrängt

Wenn wir uns per Zeitmaschine nur für ein paar Augenblicke in die neue Ökonomie hineinbeamen, sehen wir möglicherweise folgende Bilder: Die Menschen haben mehr Zeit für die Gestaltung eines auf Beziehungen angelegten Lebensstils. Sie verwenden weniger Zeit darauf, Güter zu kaufen, denn diese haben eine wesentlich längere Lebenszeit und es gibt umfangreiche Möglichkeiten für die gemeinschaftliche Nutzung der Güter. Viele Güter können in den unterschiedlichen Formen der Subsistenzwirtschaft erzeugt und bereitgestellt werden. All das bewirkt eine Regularbeitszeit weit unter 40 Stunden-Woche. Die Menschen erhalten dadurch die notwendigen Freiräume, um sich in den verschiedenen Gremien einer partizipativ-demokratischen organisierten Gesellschaft zu engagieren. Es gibt weiterhin unterschiedlich hohe Einkommen, diese sind aber nach oben gedeckelt. Erwerbsarbeit und Arbeit in der Subsistenz werden nicht hierarchisch gestuft. Alle Menschen erhalten ein Grundeinkommen, denn jeder und jede hat die Möglichkeit und die Pflicht, sich in dieser neuen Ökonomie für das Gemeinwohl einzusetzen. Viele verschiedene Lebensentwürfe stehen nebeneinander, ohne dass sie durch Markt und Konkurrenz hierarchisch (aus-)sortiert werden. Bereits heute begeben sich Menschen und Gruppierungen auf den Weg, um Alternativen, wie die hier skizzierte, zu erproben. Sie schaffen Inseln, aus denen breite Landstriche werden können, wenn wir es denn wollen.

Die Menschen erhalten dadurch die notwendigen Freiräume, um sich in den verschiedenen Gremien einer partizipativ-demokratischen organisierten Gesellschaft zu engagieren. Es gibt weiterhin unterschiedlich hohe Einkommen, diese sind aber nach oben gedeckelt. Erwerbsarbeit und Arbeit in der Subsistenz werden nicht hierarchisch gestuft. Alle Menschen erhalten ein Grundeinkommen, denn jeder und jede hat die Möglichkeit und die Pflicht, sich in dieser neuen Ökonomie für das Gemeinwohl einzusetzen. Viele verschiedene Lebensentwürfe stehen nebeneinander, ohne dass sie durch Markt und Konkurrenz hierarchisch (aus-)sortiert werden. Bereits heute begeben sich Menschen und Gruppierungen auf den Weg, um Alternativen, wie die hier skizzierte, zu erproben. Sie schaffen Inseln, aus denen breite Landstriche werden können, wenn wir es denn wollen.

Bereits heute begeben sich Menschen und Gruppierungen auf den Weg, um Alternativen, wie die hier skizzierte, zu erproben. Sie schaffen Inseln, aus denen breite Landstriche werden können, wenn wir es denn wollen.